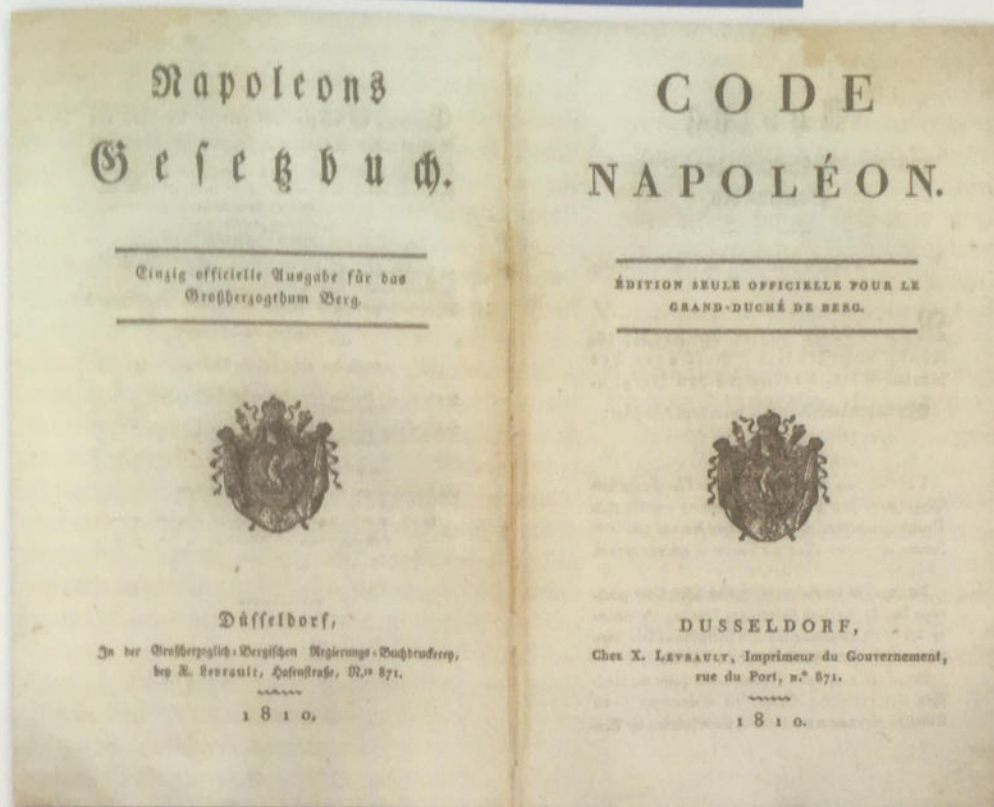


5.4 „Revolution von oben“ und Restauration



Titelseiten der Ausgabe des „Code Napoléon“ für das Großherzogtum Berg.

Das französische Wort „Code“ bezeichnet eine Gesetzessammlung. Der „Code civil“, auch „Code Napoléon“ genannt, regelte das Zivilrecht. Er trat am 21. März 1804 in Kraft und galt auch in den von Frankreich beherrschten Staaten.

1799–1802	Unter Führung Großbritanniens kämpfen Österreich, Russland, Portugal, Neapel und die Türkei gegen Frankreich und seine Verbündeten (Zweiter Koalitionskrieg)
1801	Friede von Lunéville: Frankreich kann seine Grenzen bis zum linken Rheinufer ausdehnen
1803	Reichsdeputationshauptschluss: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wird durch Mediatisierung und Säkularisierung weltlicher und geistlicher Herrschaften neu geordnet
1804	In Frankreich wird der Code civil verkündet; Napoleon krönt sich selbst zum Kaiser
1806	Gründung des Rheinbundes und Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation
1813	Völkerschlacht bei Leipzig: Preußen, Österreich und Russland schlagen die Truppen Napoleons entscheidend
1814	Napoleon wird gestürzt und Ludwig XVIII. besteigt den französischen Thron
1814/15	Wiener Kongress: Das europäische Staatensystem wird neu geordnet, der Deutsche Bund gegründet und die Restauration eingeleitet

Die innere Befriedung Frankreichs

Napoleon nutzte die Sehnsucht der Bürger nach Ruhe, um in Frankreich eine straffe innere Ordnung herzustellen. Die Verfassung, die er im Dezember 1799 dem Volk vorlegte, sicherte ihm das alleinige Recht der Gesetzesinitiative. Sie „diente weniger der Machtkontrolle als der Machterhaltung“ (Dieter Grimm).

Napoleon bemühte sich um einen Ausgleich zwischen den von der Revolution aufgerissenen Fronten. Er hob die diskriminierenden Gesetze gegen den Adel auf und erkannte in einem *Konkordat*¹ den katholischen Glauben wieder als Religion an. Der *Code civil* von 1804, das „erste Gesetzbuch eines ständefreien Staates“ (Hans-Ulrich Wehler), sicherte dem Bürgertum persönliche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Gewissensfreiheit, Gewerbefreiheit und Trennung von Staat und Kirche zu. Alle religiösen Bekenntnisse – also auch der jüdische Glauben – wurden rechtlich anerkannt und die Zivilehe beibehalten. Dagegen wurde das 1792 liberalisierte Scheidungsrecht zum Nachteil der Frauen wieder erschwert und die nach jahrelanger Diskussion 1794 abgeschaffte Sklaverei in den Kolonien wieder akzeptiert. Das einsetzende Wirtschaftswachstum verdeckte nur oberflächlich, dass politische Errungenschaften der Revolution wie das allgemeine Wahlrecht, Gewaltenteilung, Presse- und Versammlungsfreiheit unter Napoleon unterdrückt wurden.

Ende 1804 krönte Napoleon sich selbst zum „Kaiser der Franzosen“ und führte die erbliche Kaiserwürde für seine Familie ein. Per Plebiszit ließ er sich dies von den Franzosen bestätigen. Frankreich war wieder Monarchie.

Napoleon und das Ende des Heiligen Römischen Reichs

Schon vor seiner Krönung zum Kaiser war sich Napoleon bewusst, dass seine aus der Revolution entstandene Herrschaft eine Provokation für die europäischen Monarchien war. Sicher konnte er sich nur fühlen, wenn er die bisherigen Fürsten entweder besiegte oder in seine Abhängigkeit zwang. Der 1799 ausgebrochene *Zweite Koalitionskrieg*, zu dem England die Großmächte Russland, Österreich, Portugal und die Türkei angestachelt hatte, gab ihm dazu Gelegenheit. Im *Frieden von Lunéville* 1801 konnte er seine Eroberungen sichern. Dazu gehörte das gesamte linke Rheinufer.

Preußen und Österreich hatten es schon 1795/97 – während sie mit der Teilung Polens beschäftigt

waren – preisgegeben und festgelegt, dass die betroffenen weltlichen Reichsfürsten für ihre linksrheinischen Verluste mit rechtsrheinischen Gebieten entschädigt werden sollten. Die Grundlagen für diese Entschädigungen erarbeitete ein Ausschuss des Regensburger Reichstages. Das Ergebnis war der *Reichsdeputationshauptschluss*. Ihn musste 1803 das Oberhaupt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Kaiser Franz II.,² anerkennen. Die Schlüsselbegriffe des Reichsdeputationshauptschlusses lauteten *Säkularisation* und *Mediatisierung*. Säkularisation bedeutete die Herrschaftsübernahme in kirchlichen Territorien durch weltliche Fürsten, Mediatisierung die Unterstellung bisher reichsunmittelbarer Stände wie Ritter und Reichsstädte unter die Landeshoheit eines anderen weltlichen Reichstandes. Alles in allem blieben von knapp 300 selbstständigen Reichsständen noch 41 Flächen- und Stadtstaaten übrig. Die großen Gewinner waren die Herrscher von Preußen, Bayern, Baden und Württemberg. Sie konnten ihre Territorien zum Teil beträchtlich vergrößern.

Nach Frankreichs Sieg über England, Österreich und Russland in der *Dreikaiserschlacht von Austerlitz* und dem *Frieden von Preßburg* 1805 begann Napoleon I., seine Vorherrschaft in Europa auszubauen. Ein Mittel dazu war es, die Macht der kleineren süddeutschen Fürsten im Heiligen Römischen Reich zu stärken. Sie nahmen Napoleons Unterstützung an, um ihre vollständige Souveränität gegenüber dem Reich zu erreichen und Ständeserhöhungen durchzusetzen. Anfang 1806 wurden Bayern und Württemberg Königreiche und Baden Großherzogtum. Im Juli desselben Jahres sagten sich dann 16 Staaten unter dem *Protektorat*³ Napoleons vom Reich los und bildeten den *Rheinbund*. Das war das Ende des alten und ehrwürdigen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Napoleons Fernziel

Preußen hatte den Zerfall des Reiches zunächst als neutraler Beobachter verfolgt, war aber dann an der Seite Russlands in den Krieg gegen Frankreich getreten. Seine Armee wurde aber bei Jena und Auerstedt Ende 1806 vernichtend geschlagen. König *Friedrich Wilhelm III.* von Preußen (1770–1840) musste im *Frieden von Tilsit* 1807 akzeptieren, dass Napoleon alle westlich der Elbe

¹ Konkordat: völkerrechtlicher Vertrag zur Regelung kirchlich-staatlicher Angelegenheiten

² Franz II. (1768–1835): Herrscher aus dem Hause Habsburg. Er war von 1792 bis 1806 Oberhaupt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und regierte bereits ab 1804 als Kaiser Franz I. von Österreich.

³ Protektorat: Schutzherrschaft

gelegenen preußischen Gebiete übernahm und mit anderen norddeutschen Staaten zum *Königreich Westfalen* zusammenfügte. Preußen verlor außerdem seine Erwerbungen aus den drei polnischen Teilungen. Sie wurden Teil des neu gegründeten Großherzogtums Warschau. Das „Grand Empire“ stand auf dem Höhepunkt seiner Macht und Napoleon begann, sein Fernziel umzusetzen: ein politisch, wirtschaftlich und rechtlich einheitliches Europa unter französischer Hegemonie.

Reformen: Modernisierung zwischen Pragmatismus und Zwang

Napoleon organisierte das linksrheinische Gebiet nach französischem Muster. Es sollte für immer bei Frankreich verbleiben. Als Modell für die Rheinbundstaaten war das neue Königreich Westfalen gedacht. Es erhielt Ende 1807 eine Verfassung nach französischem Vorbild. Es war die erste Konstitution auf deutschem Boden. Darüber hinaus wurden eine zentralistische Verwaltung und der Code civil eingeführt.

Der Machtsicherung und -erhaltung dienten auch die nun einsetzenden Reformen in den Rheinbundstaaten. Um die neu gewonnenen Herrschaftsgebiete zu integrieren und die leeren Staatskassen zu füllen, modernisierten die Fürsten ihre Staaten. Sie schufen einheitliche Wirtschaftsgebiete, zentralisierten die Verwaltung und änderten die Rechtsordnung zum Teil nach dem Vorbild des Code civil. Adel und Klerus verloren dabei Ämter- und Steuerprivilegien, doch die Fürsten schafften die ständische Gesellschaftsordnung nicht vollständig ab.

Unter anderen Voraussetzungen gingen die Reformer in Preußen ans Werk. Riesige Gebietsverluste, erdrückende Tributzahlungen an Frankreich und der Wunsch, bald wieder zum Kreis der Großmächte zu gehören, zwangen die preußische Regierung zu einer Mobilisierung aller Kräfte. Es war „eine Politik der defensiven Modernisierung, nicht mit, sondern gegen Napoleon“ (Elisabeth Fehrenbach). *Freiherr vom und zum Stein*, von 1804 bis 1807 Finanz- und Wirtschaftsminister und von Oktober 1807 bis November 1808 Regierungschef, sowie sein Nachfolger, *Karl August Freiherr von Hardenberg*, setzten sich für einen effizienteren

Staat und den Abbau ständischer Privilegien ein. Sie waren davon überzeugt, dass das Gemeinwohl nur dann gefördert werden könne, wenn alle individuellen Kräfte sich ungehindert entfalten könnten (→ M1).

Eingeleitet wurden die preußischen Reformen durch das *Oktoberedikt* im Jahr 1807 und die Einführung der *Gewerbefreiheit* 1810. Dadurch fielen alle ständischen Beschränkungen für eine freie wirtschaftliche Betätigung in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie. Die ökonomischen Kräfte konnten sich nun vergleichsweise ungestört entfalten (vgl. S. 197). Um die „Landeskinder“ zu selbstverantwortlich handelnden Bürgern zu erziehen, schuf Stein 1808 darüber hinaus eine *Städteordnung*. Sie brachte den größeren Gemeinden mehr *Selbstverwaltung*. Dem militärischen Wiederaufstieg Preußens sollte die *Heeresreform* dienen. Das aus Söldnern und zwangsweise verpflichteten Untertanen zusammengesetzte Militär wurde in ein *Volksheer* umgewandelt. Konsequenterweise fiel dabei das Adelsmonopol



Einmarsch Napoleons in Berlin am 27. Oktober 1806. Radierung von Johann Friedrich Jügel nach Ludwig Wolff, 1. Viertel des 19. Jahrhunderts.



Europa um 1812.

für Offiziersstellen. Im *Emanzipations-Edikt* von 1812 wurden den Juden die staatsbürgerlichen Rechte gewährt; höhere Ämter in Justiz, Verwaltung und Militär blieben ihnen jedoch verwehrt. Ein wichtiges Versprechen des preußischen Königs blieb aber unerfüllt: die Verkündung einer Konstitution.

Gegen Napoleon

Die alten europäischen Großmächte wollten sich auf Dauer nicht von Frankreich unterdrücken lassen (→ M2). Nachdem die „Grande Armee“ 1812 in Russland eine halbe Million Menschen verloren hatte, beschloss der russische Zar *Alexander*, den Kampf zur „Befreiung“ Europas fortzusetzen. Doch erst als der preußische General *Ludwig Yorck von Wartenburg* ohne Zustimmung seines Königs Ende 1812 in der *Konvention von Tauroggen* den Russen den Weg nach Ostpreußen freigab, folgte Friedrich Wilhelm III. dem Signal zum *Befreiungskrieg*. Preußen erklärte Frankreich den Krieg. Österreich begann den Kampf erst, nachdem Russland und Preußen dem Vielvölkerstaat die Wiederherstellung der vorrevolutionären Ordnung zugesichert hatten. Die Rheinbundstaaten kämpften zunächst noch auf französischer Seite. Nach und nach wechselten sie aber das Bündnis und schlossen sich der preußisch-österreichischen Seite an. Die Entscheidung

fiel in der *Völkerschlacht bei Leipzig* im Oktober 1813. Napoleon wurde geschlagen, zum Rückzug gezwungen und nach der Eroberung von Paris auf die Insel Elba verbannt. Ein Jahr später, im März 1815, riss er noch einmal die Herrschaft an sich. In der *Schlacht bei Waterloo* wurde er dann endgültig geschlagen. Europa musste neu geordnet werden.

Anfänge der liberalen und nationalen Bewegung in den deutschen Staaten

Die Bestimmung des Menschen als eines freien, vernunftgeleiteten, selbstverantwortlich handelnden Individuums geht auf die europäische Aufklärung zurück. Sie bildet die geistesgeschichtliche Grundlage für die im 18. Jahrhundert entwickelte liberale¹ und nationale Bewegung. Die Amerikanische und die Französische Revolution sowie die aus der napoleonischen Fremdherrschaft entstandenen Krisen stärkten sie. Insgesamt bestimmten drei parallel verlaufende und sich zum Teil überschneidende Prozesse die Bewegung:

¹ liberalls (lat.): freiheitlich, eines freien Mannes würdig



Leipzig im Oktober
lagen, zum Rückzug
berung von Paris auf
ahr später, im März
Herrschaft an sich. In
de er dann endgültig
eu geordnet werden.

nationalen Staaten

nen als eines freien,
antwortlich handelnd
auf die europäische
die geistesgeschichtl.
18. Jahrhundert ent-
nale Bewegung. Die
zösischen Revolution
nischen Fremdherr-
stärkten sie. Insges-
ell verlaufende und
ie Prozesse die Bewe-

ien Mannes würdig

- Da war zunächst das wachsende Bewusstsein, einer deutschen Kulturnation anzugehören. Den Gedanken, dass ein Volk durch Sprache, Religion und Tradition ein bestimmtes Nationalbewusstsein besitzt, hatte *Johann Gottfried Herder* (1744–1803) in seiner „Abhandlung über den Ursprung der Sprache“ von 1772 entwickelt. Theologen, Schriftsteller, Historiker, Philosophen und andere Intellektuelle trugen dazu bei, dass diese Gedanken weiterentwickelt, diskutiert und publiziert wurden.
- Der Kampf gegen die Fremdherrschaft sowie die inneren Reformen stärkten die Bewegung. Dabei mobilisierten die Befreiungskriege nicht die Massen, wie es später dargestellt wurde. Die meisten Soldaten mussten zum Kriegsdienst gegen die französischen Truppen gezwungen werden.
- Schließlich stärkte der Aufstieg des Bürgertums die Bewegung. Es gab sich nicht mehr mit der ständischen Ordnung und der politischen Unmündigkeit zufrieden. Die von den Fürsten eingeleiteten Modernisierungen hatten seine Macht gestärkt.

Die Ziele der liberalen und nationalen Bewegung

Obwohl die deutsche Nationalbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur wenige Anhänger zählte, stellte sie wirkungsmächtige Forderungen auf:

- An die Stelle der deutschen Einzelstaaten sollte nach dem Vorbild des französischen Zentralismus oder des amerikanischen Föderalismus die staatliche Einheit der Nation treten.
- Die ständische Gesellschaftsordnung sollte durch eine Gesellschaft freier und gleicher Bürger ersetzt werden.
- Verfassungen sollten die Menschenrechte, die Gewaltenteilung und die politische Mitbestimmung der Bürger durch gewählte Vertreter gewährleisten.
- Die Wirtschaft sollte sich ohne Zunftschranken und über die Landesgrenzen hinweg frei entfalten können.

Insofern war die deutsche Nationalbewegung anfangs eine „liberale Emanzipations- und Oppositionsideologie, die sich gegen die spätabolutistischen Territorialstaaten, gegen die Vorrechte des Adels, gegen das Gottesgnadentum richtete, aber für die souveräne Nation, für die allgemeine Staatsbürgergesellschaft, auch für die harmonische Kooperation aller Nationalstaaten“ (Hans-Ulrich Wehler) stritt. Dies hinderte sie nicht, von Anfang an die eigene Herkunft (lat.: *natío*) überzubewerten, den Nationalgedanken zu einer Art religiösen Idee zu machen und feindselig gegen andere Nationen zu sein (→ M3).

Die Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress

Für die Fürsten bedeutete die liberale und nationale Bewegung eine Herausforderung, da sie die bestehende Staatenwelt und Herrschaftsordnung infrage stellte. Das war den Fürsten und Diplomaten bewusst, die sich 1814/15 in Wien versammelten, um das von Napoleon zerstörte Gleichgewicht der europäischen Großmächte wiederherzustellen. Das Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen, lehnten sie ab, die Verkündung von Verfassungen schlossen sie aber nicht aus. Eine legitime, d. h. rechtmäßige Staatsgewalt konnte ihrer Ansicht nach in Europa nicht wie in den USA vom Volk ausgehen, sondern allein von den alten Herrscherhäusern (*Dynastien*).

Eifrigster Anwalt der *Restauration*, der Wiederherstellung der politischen Zustände, wie sie vor der Französischen Revolution bestanden hatten, wurde der österreichische Verhandlungsführer Fürst *Klemens von Metternich* (1773–1859). Allerdings dachte auch er nicht daran, die Säkularisation und Mediatisierung sowie die Rangerhöhungen einiger Fürsten rückgängig zu machen. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation sollte nicht wiederhergestellt werden. Stattdessen einigte man sich in Wien darauf, in der Mitte Europas nur einen lockeren Staatenbund von 34 souveränen Fürsten und vier freien Städten (Lübeck, Hamburg, Bremen und Frankfurt am Main) zu gründen: den *Deutschen Bund*. Er sollte die innere und äußere Sicherheit der Mitgliedsstaaten gewährleisten und das Gleichgewicht der europäischen Großmächte sichern. In Wien hatte man damit die Revolution beendet und eine zwischenstaatliche Friedensordnung geschaffen, die künftigen Wandel nicht ausschließen sollte, ihn aber von allgemeiner Billigung der Monarchen abhängig machte. Die Monarchen Russlands, Österreich und Preußens verpflichteten sich dazu im Herbst 1815 zu einer *Heiligen Allianz*. Brüderlich wollte man alle revolutionären Veränderungen abwehren. Aus der Kriegsallianz der Sieger war ein Bollwerk gegen innere und äußere Reformen geworden. Außer dem englischen König, dem türkischen Sultan und dem Papst traten alle Regenten Europas der Heiligen Allianz bei.

4.1 Napoleon
Kongresszeit (1799-1804)